



Schader Stiftung

› **DenkwerkZUKUNFT**
Stiftung kulturelle Erneuerung

Neues Bewusstsein für neuen Wohlstand.
Schritte für Wissenschaft, Politik und Gesellschaft
**Ein Symposium des Denkwerk Zukunft
und der Schader-Stiftung**
1. / 2. Dezember 2014, Schader-Forum,
Darmstadt

Kurzbericht von Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung, Darmstadt

Gefördert durch die Sparkasse Darmstadt



Inhaltsverzeichnis

Neues Bewusstsein für neuen Wohlstand. Schritte für Wissenschaft, Politik und Gesellschaft	3
Welches Wachstum?	3
Wachrütteln und handeln!	4
Die Rolle der Einzelnen	4
Die Politik muss es richten!	5
Der Druck der Zivilgesellschaft	5
Ausblick	6

Neues Bewusstsein für neuen Wohlstand. Schritte für Wissenschaft, Politik und Gesellschaft

Neues Bewusstsein für neuen Wohlstand: diese Worte bilden nicht nur den Titel des Symposiums des Denkwerk Zukunft und der Schader-Stiftung, sondern verweisen auch auf die Ausgangsthese der zweitägigen Veranstaltung mit fünfzig ausgewiesenen Expertinnen und Experten, die sich für einen Übergang zu nachhaltigeren Wirtschafts- und Lebensweisen einsetzen. Wir müssen uns lösen von dem herkömmlichen Wohlstandsbegriff, der stark dem Materiellen verhaftet ist, so die These von Meinhard Miegel, Vorstandsvorsitzender des Denkwerk Zukunft und Initiator des Symposiums. Nur mit einem auch immateriellen Verständnis von Wohlstand kann es den Gesellschaften der entwickelten, saturierten Länder gelingen, zu einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Lebensweise zu wechseln, die die Kapazitäten des Planeten nicht überschreitet.

Ein Beispiel immateriellen Wohlstands bot Günter Figal von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg mit seinem Vortrag am Vorabend des Symposiums über „Muße und gutes Leben“.

Welches Wachstum?

Die Diskrepanz zwischen der Steigerungslogik der Ökonomie und den Verringerungszielen, die im Sinne der Nachhaltigkeit zu fordern sind, ist gleich zu Beginn der Diskussion Thema. Nicht nur in der Ökonomie als Wissenschaft und der unternehmerischen Praxis, sondern auch in der Ökonomie, die sich als Maxime in die gesellschaftlichen Wertvorstellungen und das individuelle Handeln eingeschlichen hat, ist die auf Nutzenmaximierung und Wachstum angesetzte Steigerungslogik gegenwärtig. Alois Glück, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und einer der Impulsgeber des Symposiums, stellt fest: Solange der als clever gilt, der mit möglichst wenig Aufwand möglichst viel Nutzen für sich erzielt, fehlt der Gesellschaft das passende Leitbild für eine zukunftsfähige Kultur. Die Entkopplung des Anspruchs auf Freiheit von der Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen, zeigt hier ihre Früchte.

Brauchen wir Wachstum? Oder können wir das Wirtschaftswachstum komplett stoppen? Offenkundig setzen Unternehmen darauf, dauerhaftes Wachstum zu generieren. Sie entwickeln teils unabhängig vom Bedarf über Werbemaßnahmen neue Bedürfnisse, setzen auf Konsumentenkredite, um wirtschaftliches Wachstum auf Basis privater Verschuldung zu ermöglichen, bauen Sollbruchstellen in ihre Produkte ein, um regelmäßigen Neuzug durch die Konsumenten zu erzwingen. Können Volkswirtschaften auf diese Art des Wachstums verzichten?

Ein Beitrag aus der Sicht der Banken verdeutlicht die Tragweite der Frage: Letztlich brauchen wir Wirtschaftswachstum, damit die Menschen Erwerbsarbeit und somit Einkommen haben. Fehlt Wachstum, müsste umverteilt werden. Genauer: ohne Wachstum ist es nicht mehr der Zuwachs, der sich vergeben lässt an jene, die über wenig Einkommen verfügen, sondern es muss vom Bestand genommen werden; umverteilt in dem Sinne, dem einen etwas wegzunehmen, um es dem anderen zuzuteilen. Zugleich prognostizieren Teilnehmende der Runde, dass wir nicht vor der Wahl stehen werden, ob wir Wachstum erzeugen wollen oder nicht, sondern sich Wirtschaftswachstum ohnehin auf wenige Bereiche konzentrieren wird.

Schnell pendelt sich die Debatte auf den Begriff des differenzierten Wachstums ein. „Qualitatives Wachstum“, „grünes Wachstum“, „intelligentes Wachstum“ – diese Begriffe lassen eine breitere Auslegung des Wirtschaftswachstums erkennen. Allerdings, so Angelika Zahrnt, Ehrenvorsitzende des BUND und Impulsgeberin des Symposiums, wird volkswirtschaftlich nach wie vor Wirtschaftswachstum mit dem Wachsen des Bruttoinlandprodukts gleichgesetzt. Den rechnerischen Ausgleich eines sinkenden Bruttoinlandprodukts durch andere Wachstumsarten gibt es in offiziellen Verlautbarungen nicht.

Wachrütteln und handeln!

Wie gelingt eine Transformation zu der nachhaltigen, zukunftsfähigen Lebensweise, die die Kapazitäten des Planeten nicht überschreitet? Deutlich vor Augen haben die Teilnehmenden des Symposiums das Auseinanderklaffen von individuellem Handeln und dem Wissen über die Zusammenhänge zwischen menschlichem Tun und dessen ökologischen Folgen. Obwohl die Konsumentinnen und Konsumenten, die Managementzentralen großer Unternehmen, staatenlenkende Politikerinnen und Politiker über die negativen und sich weiter verschlechternden Befunde über Ressourcenverfügbarkeit, Klimawandel, CO₂-Belastung etc. wissen, verändert sich konkrete Politik und konkretes ökonomisches Handeln nicht nachhaltig.

Wie schaffen wir es, wie Jörg Mayer-Ries vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit als Impulsgeber des Symposiums fragt, die Transformationskompetenz der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen und der Politik zu erhöhen? Und Uwe Schneidewind, Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie, fragt in seinem Impuls: Wie steht es um die transformative Literacy, also die Fähigkeit gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu verstehen und eigenes Handeln in diese Prozesse einzubringen?

Strittig ist in der Diskussion, ob zum Wecken dieser Fähigkeiten Katastrophenszenarien notwendig sind, die als Alarmton dienen und insbesondere die drängendsten Problemlagen vor Augen führen. Das Abholzen der Regenwälder etwa wird in wenigen Jahren unumkehrbar sein und den Klimawandel zusätzlich negativ beeinflussen, wie Klaus Wiegandt, Gründer der Stiftung Forum für Verantwortung, in seinem Impuls eindrücklich darlegt. Statt auf die Wirkung vorausgesagter Katastrophen zu setzen, ziehen andere Teilnehmende des Symposiums das Wirken positiver Leitbilder oder positiver Narrative vor. Als Beispiel eines aktivierenden Narrativs dient der Begriff des Anthropozäns. Diese geochronologische Benennung der aktuellen Epoche bringt den Menschen und dessen Wirken in Zusammenhang mit der Erdgeschichte. Ein solcher Begriff kann als Mittel dienen, um intuitiv komplexe Zusammenhänge aufzuzeigen – in diesem Fall den Zusammenhang zwischen menschlichem Verhalten und globalen ökologischen Effekten. Ob wir eher mit Katastrophenvorhersagen, mit positiven Leitbildern oder mit realistischen Szenarien – bei denen offen bleibt, wer über die Realitätsnähe befindet – die Notwendigkeit eines Wandels vermitteln können, ist unter Umständen irrelevant. Nämlich dann, wenn eine andere Position, die sich im Symposium zu Wort meldet, Recht haben sollte: Ihr zufolge entsteht Wandel nicht als Folge von vermittelten Katastrophenszenarien, sondern als Folge echter Katastrophen. Noch nie, so ein Beitrag in der Runde, gab es eine tiefgehende Transformation in einer Gesellschaft, die rein von Bewusstseinsänderung ausging. Aus Krisen und Katastrophen kann hingegen ein notwendiger und positiver Wandel entstehen. So wurde die Menschenrechtscharta in Folge der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs verabschiedet und das Rote Kreuz entstand angesichts der furchtbaren Schlacht von Solferino. Noch nie, so formuliert Reinhard Loske von der Universität Witten/Herdecke, gab es eine tiefgehende Transformation in der Menschheitsgeschichte, für die ein Masterplan vorgelegen hätte. Der Wandel von den Jägern und Sammlern hin zu den Betreibern von Ackerbau und Viehzucht vollzog sich ohne jeglichen Plan.

Die Rolle der Einzelnen

Etliche Beiträge im Symposium betonen die Rolle der Individuen. So fordert zum einen Alois Glück einen „souveränen Lebensstil“, der einen bewussten Umgang mit Gütern sowie Selbstbegrenzung beinhaltet. Zum anderen wird ein vernünftiger Wirtschafts- und Lebensstil als Frage der „Ehre“ verstanden. Man findet durchaus Menschen, die einen entsprechenden Lebensstil pflegen. Doch bilden diese eine Minderheit, gelten allenfalls als Pioniere, was begrifflich immerhin die Möglichkeit des Nachziehens anderer suggeriert. Die Gesellschaft insgesamt wandelt sich erst dann, wenn eine Brücke für die Mehrheit gebaut wird.

Zudem spricht eine Kritik aus psychologischer Sicht gegen das „Sich-Einschießen“ auf die individuelle Verantwortung. Besser wäre es, die Mensch-Umwelt-Beziehung als Grundeinheit anzusehen, wobei Umwelt auch die institutionelle Umwelt in sich enthält. Dann richtet sich der Blick – und mit ihm die ansonsten einzelne Personen überfordernde Anforderung – nicht auf Individuen, sondern auf Akteurskonstellationen und auf kulturelle Aspekte.

Wenn es um die Rolle der Einzelnen geht, sollten diese am besten nicht einzeln bleiben. Denn das Individuum darf nicht nur als Konsumentin oder Konsument gesehen werden. Die Individuen sind in demokratischen Gesellschaften immer auch Bürgerinnen und Bürger. Als solche können sie Einfluss nehmen auf die Politik. Sie können wählen, sie können sich zusammenschließen, sie können in Form von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf die Politik einwirken, so dass allgemein gültige Regeln ein nachhaltigeres Leben und Wirtschaften aller vorsehen – es also nicht mehr eine im Zweifelsfall aufopfernde Selbstbegrenzung ist, ein gutes, den Planeten und die nachfolgenden Generationen nicht überlastendes Leben zu führen.

Die Politik muss es richten!

Muss also die Politik für Maßnahmen sorgen, die die Preise verändern, die Werbung begrenzen, die zeitliche Strukturen so verändern, dass mehr Zeit für Muße bleibt, um den Vortrag des Vorabends aufzugreifen? Eine Stimme aus dem Kreis weist die Verantwortung für den einzugehenden Wandel explizit der Politik zu. Andere Stimmen widersprechen: nicht so sehr, weil sie diese Verantwortungszuweisung nicht für richtig erachteten, sondern weil sie der Politik die Fähigkeit zum Wandel nicht zutrauen. Da ist zum einen der starke Einfluss der Lobbyisten, den die Politik – obwohl es die entsprechenden Instrumente gäbe – nicht steuert, weder in der Wirkrichtung noch in der Zusammensetzung der Gruppe der Lobbyisten. Zum anderen sind mehreren Teilnehmenden zufolge die politischen Parteien und die Politik generell nicht aus sich selbst heraus kreativ oder innovativ. Wenn es zu Innovationen kommt, dann zu von außen aufgegriffenen: Die Politik vollzieht das nach, was aus der Zivilgesellschaft kommt.

Der Druck der Zivilgesellschaft

Wenn diese Diagnose stimmt, kommt es darauf an, der Zivilgesellschaft und deren Initiativen den entsprechenden Raum zu geben, wie Angelika Zahrt bereits zu Beginn des Symposiums formuliert. Es gilt fördernde Rahmenbedingungen zu schaffen, die den oben genannten Pionieren des nachhaltigen Lebens den Weg ebnen und somit diesen Weg auch für eine breitere Gesellschaftsschicht begehbar machen.

Auch Klaus Wiegandt fordert einen massiven Druck seitens der Zivilgesellschaft auf die Politik. Dabei sollten sich NGOs, Stiftungen, Initiativen, aber auch die Progressiven unter den Superreichen vernetzen, ihre Kräfte bündeln und aktiv werden. Schon regelmäßiges Vorstelligwerden und Nachfragen bei dem Bundestagsabgeordneten des eigenen Wahlkreises könnten Nachhaltigkeitsthemen voranbringen. Jörg Mayer-Ries unterstützt diesen Vorschlag und ruft Initiativen dazu auf, auf Ministerien aktiv und ausdauernd zuzugehen. Damit können sie – bei Erfolg – einseitig agierendem Lobbyismus entgegen wirken.

Unterstützung kann dieser Prozess durch die Wissenschaft finden, wie Uwe Schneidewind verdeutlicht. Transformationsinitiativen und -prozesse vor Ort bieten sich als Untersuchungslabore an. An ihnen lassen sich Möglichkeiten neuer Lebens- und Wirtschaftsweisen aufzeigen und als Anregungen einer breiteren Öffentlichkeit vorführen. Ebenso kann die Wissenschaft interkulturelle Vergleiche ziehen. Uwe Schneidewind mahnt allerdings, die Initiativen nicht nur als Forschungsobjekt zu betrachten, sondern sie zugleich zu fragen, was sie ihrerseits von der Wissenschaft benötigen.

Die zahlreichen Aktivitäten der Zivilgesellschaft wie Transition Town, Repair Cafés, Energiegenossenschaften etc. sind Entwicklungen, die Reinhard Loske vorsichtig optimistisch stimmen. Im Gegensatz zu der wachstumskritischen Debatte der 1970er Jahre gesellt sich zu der jetzigen Wachstumskritik eine kulturpolitische Begleitung. Es zeigt sich somit ein erster Zipfel einer kulturellen Änderung ebenso wie sich das erforderliche Wirken von zivilgesellschaftlichen Initiativen auf die Politik beobachten lässt. Auch wenn diesen Initiativen noch Pioniercharakter anhaftet, wenn sie noch in Nischen agieren, bilden sie den Anfang des vom Symposium geforderten neuen Bewusstseins für neuen Wohlstand.

Ausblick

Alexander Gemeinhardt fordert zum Schluss des Symposiums, es nicht bei Worten zu belassen. Zu konkreten Handlungen zu kommen, gemeinsame Strategien zu erarbeiten, durch vielfältige Aktionen ein ständiges Entwickeln in Richtung mehr Nachhaltigkeit zu erzielen: das sind die Schritte der Zukunft. Ein Vernetzen der treibenden Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Gesellschaft und Politik ist dabei ein erster wichtiger Ansatz, den das Denkwerk Zukunft und die Schader-Stiftung gerne weiter folgen werden.